

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riefa.  
Herrn Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt  
Dresden 1580,  
Kroschauer  
Riefa Nr. 52.

Nr. 244.

Sonntag, 18. Oktober 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuchschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Zähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegeranstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

## Der zweite Tag der großen Reichstags-Aussprache.

### Mehrere Mißtrauensanträge. — Die Regierung hofft auf Reichstagsmehrheit. Großer Lärm im Sitzungssaale.

Berlin, 18. Oktober. (Funkpruch.) Bei Eröffnung der Sitzung teilt Präsident Brüdermann mit, daß Abg. Dr. Feder, (Soz.) den unparlamentarischen Jura, den er gestern gemacht hatte, mit Bedauern zurückgenommen habe. Der Präsident begrüßt dieses Verhalten und richtet im Anschluß daran an die Abgeordneten die Mahnung, an der Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuwirken. Wir müssen, so schließt Präsident Brüdermann, nach und nach aus dem Laufen zur sachlichen Verhandlung kommen. Ich bemerke, daß die Führer aller Parteien bestrebt sind, dahin zu wirken. Ich hoffe, daß auch die Mitglieder diesem Beispiel folgen.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung des Zusatzabkommens zum deutsch-finnischen Handelsabkommen. Abg. Buz (Komm.) bekämpft die Vorlage. Abg. Dr. Hagena (Dnat.) betont, Schutzölle lägen durchaus im Interesse auch der Kleinbauern. Die Schlußabstimmung über die Vorlage wird zurückgestellt.

### In der dann folgenden Beratung des Schuldentilgungsgesetzes

Abg. Dr. Quast (Dnat.) aus: Der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich habe seine Berechnung zu optimistisch aufgestellt und vor allem nicht die ständig wachsende Zahl der ausgeheuerten Arbeitslosen berücksichtigt. Wenn nach der eigenen Angabe des Ministers die Schuldentilgung am 1. 4. 1931 nicht vermindert ist trotz der Kreuzer-Anleihe, so bedeutet das, daß die Regierung die Deckung der Zukunft überlasse auf dem Wege der Anleiheaufnahme. Das ist mit der geordneten Wirtschaft unvereinbar. Wenn der deutsche Wirtschaft das Betriebskapital entzogen wird, so leiden auch die deutschen Arbeiter. Das haben auch die Kommunisten erkannt, die in wirtschaftlicher Beziehung viel einsichtsvoller sind, als die Sozialdemokraten.

Abg. Feder-Sachsen (NSDAP.) schließt sich diesen Ausführungen an. Die Wirtschaft werde geschädigt durch Steuererhöhungen. Dazu komme die große Einfuhr. Bei dieser Lage werde der Ueberbrückungskredit in der vorerwähnten Zeit nicht abgedeckt werden können. Der Redner begründet einen Antrag auf stärkere steuerliche Erleichterung von Gewinnen aus Vorkriegsgeschäften. Den Bank- und Vorkriegsrenten und den großen Schiebern müsse zuleibe gegangen werden. Auch die Bestimmungen zu dieser Vorlage werden zurückgestellt.

### In der Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung

verlangt Abg. Böhrich (Landvolkpartei) die Vereinfachung des Verfallers Vertrages. Mit der Kriegsschuldfrage muß aufgeräumt werden. Wir legen Verwahrung dagegen ein, daß Deutschland auf internationalen Kongressen durch den Sozialdemokraten Reichstein vertreten wird. (Beifall bei den Nat.-Soz.) Wenn die Feindbündler nicht endlich abzurufen, dann müssen wir für Deutschland volle Wehrfreiheit verlangen. In der Wirtschaftspolitik müssen wir zur Wehr von den Theorien kommen, die sich als falsch erwiesen haben. Die Bauhandwerkerlöhne und die Beamtengehälter sind zu hoch im Verhältnis zum Einkommen anderer Berufsstände. Dem Reichskanzler und dem Reichsernährungsminister Schiele danken wir für das, was sie im Interesse der deutschen Landwirtschaft getan haben. (Witze bei den NSDAP.) Wir leiden an den hohen Zinsen an das Ausland, aber auch unter der fortwährenden Steigerung der Soziallasten. Wir werden dem Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett zustimmen, wir erwarten aber, daß das Wehrministerium den Parteien entzogen wird und daß Minister Schiele als Reichsminister erhalten bleibt. Wir haben einen Mißtrauensantrag gegen den Außenminister Dr. Curtius eingebracht und wir legen auch das dritte Mißtrauen gegen den Innenminister Dr. Wirth. Zum Minister Schiele haben wir Vertrauen und zum Reichskanzler würde unser Vertrauen noch größer sein, wenn er sein Verhältnis lösen würde.

Abg. Torgler (SPD.) erklärt, seine Freunde könnten den nat.-soz. Mißtrauensanträgen in den ihr beigegebenen Begründungen nicht zustimmen. Sie würden aber den ohne Motivierung eingebrachten deutschnationalen Mißtrauensanträgen zustimmen und würden dem Reichsernährungsminister Broener noch ein besonderes Mißtrauensvotum einbringen. Abg. Gimpfendorfer (Christl.-soz. Volkspartei) erklärt, der Christl.-soz. Volkspartei betrachte sich nicht als Partei, sondern als eine evangelische Bewegung mit dem Ziele, die wichtigen Kräfte der Nation zur härteren Entscheidung

zu bringen. Die politischen Begründungen rechts und links sind nicht mehr dieselben wie früher. Wir sind eine christliche Bewegung und man hat uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir bei der Präsidentenwahl einem Arbeiter unsere Stimme gegeben haben. Wir sind aber Arbeiter und sehr stark vertreten in bescheiden, politisch rechts stehenden Kreisen. Wir lehnen Unterscheidung „bürgerlich“ und „sozialistisch“ ab. In einem Volk, von dessen Angehörigen 95 Prozent kein Vermögen haben, hätte es keinen Sinn, das Bürgerrecht auf die kleine Gruppe von 4 Prozent zu beschränken. Wir unterscheiden uns von der Staatspartei dadurch, daß wir antimaterialistisch denken. Wir sind eine nationale Bewegung und hängen uns auf gegen den Trakt ungeredeter Verträge. Wir sind eine soziale Bewegung und empfinden das Gefühl der Empörung gegen eine Wirtschaftsordnung, die den Schwachen alle Lasten aufbürdet. Der Aufhebung der Notverordnung können wir nicht zustimmen, aber wir wünschen ihre Verbesserung in vielen Punkten. Vor allem muß bei dem Gehaltsabzug der Beamten die Freigrenze heraufgesetzt und eine sozial gerechte Staffelung zugunsten der niedrigen Gehälter durchgeführt werden. Das Regierungsprogramm werden wir sachlich prüfen. Die Frage der Einführung eines Arbeitsjahres- oder Arbeitsurlaubsgesetzes muß sofort geprüft werden. Wir wünschen eine aktive Außenpolitik mit dem Ziel der Befreiung Deutschlands. Unbegreiflich ist uns die Haltung des Ministers Dr. Curtius in Genf gewesen und seine Erklärung, daß die bisherige deutsche Außenpolitik unangenehm fortgesetzt werden soll.

Abg. Abel (Volkspart. Reichsvereinigung) — auf der Tribüne schwer verständlich — polemisiert zunächst gegen die Nationalsozialisten. Die große nat.-soz. Fraktion habe nur negativ gemittelt. Gegen den Reichsaussenminister ist ein Mißtrauensantrag eingebracht worden von denselben Leuten, die in den Schicksalsstunden des deutschen Volkes den Außenminister in Stich gelassen haben. Wenn die Genfer Verhandlungen kaum begonnen, konnte man in den Pressen lesen, das deutsche Volk habe nicht hinter den Minister, der Minister sei ein Schlappschwanz. Wir machen es nicht mit, einen Mißtrauensantrag gegen den Außenminister durchzuführen, um auf diese Weise das ganze Kabinett zu hängen. Wenn von dort (Nationalsozialisten) gesagt wird, daß die Regierung unterstütze, so ist das reine Demagogie. Auch wir stellen uns den deutschen Staat anders vor, wie er heute aussieht; aber wir beschränken uns nicht auf negative Agitation, sondern wollen positiv daran arbeiten, diesen Staat vorwärts zu bringen zum Heil des deutschen Volkes.

Abg. von Hindler-Wildan (Volkspartei) verliest eine Erklärung seiner Gruppe, in der es heißt, angesichts der durch jahrelange Mißwirtschaft eingetretenen Finanznot müsse der aufgeblähte Verwaltungsapparat radikallos abgebaut werden unter schleuniger Inangriffnahme der Reichsreform. Bei der Verbesserung der Notverordnung müssen alle marxistischen Experimente vermieden werden. Die bei der deutschen Wirtschaftsnote unerträglich gewordenen Reparationslasten müssen auf dem Wege direkter Verhandlungen mit den Vertragsgegnern gelöst werden.

Abg. Hoegner (SPD.) wendet sich zunächst gegen die gebräuchlichen Ausführungen des Nationalsozialisten Straßer. Straßer habe mit seinen Ubertreibungen eine Panikstimmung verbreitet und die deutsche Wirtschaftslage zu schwarz gezeichnet. Mit Medikamenten aus nat.-soz. Parteilapotheken könne nicht geheilt werden. Die Sozialdemokraten sind einig mit der NSDAP. in der Beurteilung des Verfallers Vertrages und sie haben auch immer die Kleinrenten Deutschlands verworfen. (Zwischenrufe bei Abg. Straßer.) Herr Straßer, setzen Sie sich nicht, ich erinnere Sie sonst an Ihre gebrochene Ehrenwort. Sie haben am 30. April 1928 für der Landshuter Polizei gegebenes Ehrenwort gebrochen. (Abg. Straßer: Weil es politisch notwendig war!) Bei Ihnen ist also der Bruch des Ehrenwortes ein politisches Mittel. (Abg. Straßer: Jawohl! — Lebhaftes Rufen bei den Sozialdemokraten: „Das muß man sich merken!“) Der Redner polemisiert gegen den deutschnationalen Abg. Oberländer und zitiert Dörschers Reichstagsreden über die Kriegsschuldfragen, die den Feinden auferlegt werden sollten.

Bei diesen Worten rufen verschiedene Nationalsozialisten: „Er spricht als Anwalt Frankreich!“ Als sich diese lauten Rufe immer wiederholen, ruft Reichspräsident Eber einen Nationalsozialisten zur Ordnung. Er erteilt dann dem Abg. Gähls (SPD.) einen Ordnungsruf weil er den Zwischenrufer „Schulz“ genannt hat.

Die Nationalsozialisten sind in Wirklichkeit nicht national. Es ist nicht national, wenn Hitler am Tage des Aufeinbruches der Franzosen im Münchener Rind-Keller sagt: „Nicht nieder mit den Franzosen, sondern mit den Novemberverbrechern!“ (Rationalenlanges Beifallsrufen der Nationalsozialisten.) Rational ist es nicht, wenn die National-

sozialisten ein Militärbündnis mit Italien anstreben und dafür die Deutschen Südtirol zur nationalen Unterdrückung preisgeben. Nach diesen Worten entwickeln sich bei den Nationalsozialisten kühnliche Rärmereien. Dem Redner werden Jurufe gemacht, die auf der linken Seite große Erregung auslösen. Nach einem nat.-soz. Ruf, der auf der Tribüne unvernehmlich bleibt, geben einige Sozialdemokraten auf den Vizepräsidenten Eber zu und sagen: „Hören Sie denn nicht, daß der Redner von den Nationalsozialisten mit Nord bedroht wird?“ Als von Nationalsozialisten auf den Abg. Severing gemiesen wird und drohende Jurufe gemacht werden, geht Abg. Severing demonstrativ durch die Reihen der Nationalsozialisten hindurch zur Ausgangstür rechts.

Vizepräsident Eber erklärt, ihm sei mitgeteilt worden, daß der Redner mit Nord bedroht worden sei. Die Nationalsozialisten antworten mit lauten Rufen und Vizepräsident Eber ersucht alle Abgeordneten, die Plätze einzunehmen.

Der nat.-soz. Abg. Heines, der den drohenden Jura gemacht haben soll, wird durch den Vizepräsidenten von der Sitzung ausgeschlossen.

Die Rärmereien wiederholen sich, als Abg. Hoegner erklärt, aus den Münchener Untersuchungsakten ergebe sich, daß die Nationalsozialisten finanziert werden vom Ausland, von schönen Frauen und von der Großindustrie.

Abg. Mutzmann (NSDAP.), der von Hoegner genannt wurde, springt vor und ruft: „Ich frage Sie der Länge an!“ Ich habe nie einen Pfennig...

Die Kommunisten Abg. Bied und Florin rufen dem Abg. Mutzmann zu: „Ausbeuter der Textilarbeiterinnen!“ Sie werden deswegen zur Ordnung gerufen.

Verschiedene Sozialdemokraten machen den Vizepräsidenten Eber darauf aufmerksam, daß einige Nationalsozialisten den Sozialdemokraten Landesverrat vorgeworfen haben. Vizepräsident Eber sucht den Zwischenrufer festzusetzen, aber die Nationalsozialisten antworten mit lauten Rufen gegen links. Als Abg. Hoegner fortfahren will, rufen die Nationalsozialisten fortwährend laut: „Schluß, abtreten!“

Abg. Bels (SPD.) spricht erneut auf den Vizepräsidenten Eber ein. Aber der Lärm hält weiter an.

Unter großem Lärm der Nationalsozialisten beendet Abg. geordneter Dr. Hoegner seine Rede und erklärt zum Schluß: Herr Hitler hat einmal gesagt, die deutsche Arbeiterklasse sei ein verlorrenes und verlottertes Lumpenproletariat, wie das der römischen Kaiserzeit. Das ist nicht richtig. Die deutschen Arbeiter sind wohl diszipliniert und organisiert und werden keinen Augenblick abgern, wenn es notwendig ist, das Schwergewicht ihrer Organisation gegen den Faschismus in die Waagschale zu werfen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. — Pul-Anke bei den Nat.-Soz.)

Abg. Torgler (SPD.) teilt mit, daß soeben die Abg. Frau Riltensberg (NSD.) als Streifenproletariat bezeichnet worden sei. Er beantragt sofort die Freilassung der Frau Riltensberg zu beschließen.

Der Freilassungsantrag wird mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Christlich-Sozialen und Nationalsozialisten angenommen.

Abg. Dr. Fied (NSDAP.) beantragt Unterbrechung der Sitzung, damit der Reichsterrat die Ausweisung des Abg. Heines aussetzen könne.

Vizepräsident Eber erwidert, der Reichsterrat sei dazu nicht befugt.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) erklärt, die unerhörten Anschuldigungen Hoegers gegen einen Mann wie Hitler reichlich der nationalen Opposition nicht an die Stiefelsohlen.

Vizepräsident Eber ersucht den Redner, sich zu mäßigen.

Abg. Dr. Fied (NSDAP.) bringt hierauf als Ergänzung zu einem allgemeinen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett noch

### besondere Mißtrauensanträge

gegen die Minister Curtius, Brüdermann und Dr. Wirth ein. Diese Mißtrauensanträge werden motiviert mit dem Verhalten von Dr. Curtius in Genf, mit dem Einschreiten von Brüdermann gegen die Ulmer Reichswehrproletiere und mit dem Vorgehen von Dr. Wirth gegen die Regierung in Thüringen.

Abg. Gottscheiner (Dnat.) verliest dann besondere Mißtrauensanträge gegen die Minister Curtius, Dr. Wirth und Torgler.

Präsident Brüdermann: Weitere Mißtrauensanträge liegen augenblicklich nicht vor. (Beifall.)

Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch an.